

# Merseburger Correspondent.

Erste Ausgabe:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delarue Nr. 5.  
Telephonaufzahl Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:  
Unfrettes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.  
1 Mark 20 Pf. durch den Gerantträger.  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 164.

Mittwoch den 22. August.

1894.

Für den Monat September werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zu Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

## Der Anarchismus.

Die recht bedrohlich klingenden Mittheilungen über anarchistische Pläne in der Reichshauptstadt sind durch jede weitere Meldung etwas berichtigt und abgeschwächt worden. Allmählich hat sich das Gerücht ganz beträchtlich verändert und man erkennt, daß die Zeitungsreporter ihre Darstellungen, welche Berlin am Vorabend anarchischer Gräueltaten stehend zeigte, weniger aus politischen Quellen, als aus ihrer beweglichen Phantasie geschöpft haben. Was wir heute über die Persönlichkeiten und die Vergangenheit Schaeue's wissen, weist darauf hin, daß dieser gefähliche Mensch nicht ein fester Fanatiker von Schlage der Reinsdorf und Navaschof, sondern vielmehr ein gemeiner Verbrecher ist, der sich darin gefällt, sein unruhiges Handwerk in das Mäntelchen anarchischer Prinzipien zu hüllen. Die „gelobten“ und sogar mit Zinseszins versehenen Bomben“ haben sich als alte Granatenfüllen herausgestellt. Die Schaeue sich nach eigener Behauptung während seiner Beschäftigung in der Spandauer Gewerkschaft angeeignet hat, um sie zu „Clarenschneidern umzuwandeln; und die verächtlichen Säuren gehören aller Wahrscheinlichkeit nach zu seinen Schloßern, vielleicht auch zu seinen Einbrecherwerkzeugen. Wie ein Berliner Blatt aus angeblich „vorzüglich informierter Quelle“ zu berichten weiß, war Schaeue das Haupt einer anarchischen Gruppe von „Expropriatoren“, also von Leuten, die durch Raub und Diebstahl die Ungleichheit in der Verteilung der irdischen Güter wieder auszugleichen suchten — Diebe und Einbrecher, die vermutlich auch zu jeder Gewaltthatigkeit geneigt sind, wofür ja auch die Vorgänge bei Schaeue's Verhaftung zeugen, aber die ihre Haut nur zu Markte tragen, wenn dabei „etwas zu holen“ ist. Es war kein glücklicher Gedanke, wenn einige Blätter, die schon seit langer Zeit nach neuen Ausnahmestrafgesetzen jammern, sofort die ersten aufgeschauten Nachrichten über die politischen Entwürfen zu Gunsten der in Preußen geplanten Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts zu verwerthen suchten. Anarchistische Attentate werden nicht in öffentlichen Versammlungen ausgeführt, sondern in heimlichen Konventikeln, die sich den Bestimmungen des Vereinsrechts entziehen. Wenn in Versammlungen zu Gewaltthaten aufgereizt wird, so fehlt es auch nach Lage der bestehenden Gesetzgebung der Polizei nicht an ausreichenden Mitteln, ein derartiges Treiben im Keime zu ersticken. Anarchistische Thaten sind nichts anderes als gemeine Verbrechen wider das Leben und wider die öffentliche Ordnung, zu deren Bekämpfung wir strenge Gesetze besitzen. Ein Gesetz aber, durch welches Mord und Todschlag aus der Welt geschafft würde, giebt es nicht und eben so wenig wird es gelingen, ein Gesetz zu konstruiren, welches anarchische Attentate zu verhindern vermöchte. Es giebt allerdings Leute, die der Meinung sind, daß mit Gezeiten Alles zu erreichen sei, wenn man nur entschieden wolle. So klagt die „Nationalztg.“ nicht wiederum über die unerhörte Etschmähung, daß „Anarchisten, welche noch nicht eine stärkere Handlung überführt sind, aber notorisch, vielleicht sogar nach ihrem eigenen Gesandnis zu der Sekte gehören, so daß man sich von ihnen jederzeit verbrecherischer Handlungen oder der Förderung solcher versehen muß, unbedarft in der bürgerlichen Gesellschaft herumgehen, auf deren Zerstörung sie

bedacht sind.“ Ein neues Uebel, meint das Blatt, erziehe neue Mittel, und kommt auf einen schon früher von ihm empfohlenen Vorschlag zurück, Alles, was Anarchist ist, auf eine unbedohnte Insel zu deportiren, von der aus flucht unmöglich oder doch höchstens von Einzelnen unter schwerer Gefahr zu versuchen wäre. Woran aber erkennt man den auf die Zerstörung der Gesellschaft bedachten Anarchisten? Auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche diese Frage bietet, hat die „Nordd. Allg. Zeitung“ vor einiger Zeit in ganz vortrefflicher Weise hingewiesen. Die „Nat.-Ztg.“ versichert sie würde, die strengsten Rechtsgarantien dafür fordern, daß als Anarchist nur behandelt wird, wer wirklich einer ist; aber wer es ist, der gehört nicht in die staatlich geordnete Gesellschaft, auch nicht wenn er nur Anarchist in der „Theorie“ wäre. Vielleicht erinnert die „Nat.-Ztg.“ sich, daß Herr Dr. Miquel, den sie doch selber sicherlich als eine sehr starke Stütze der bestehenden Ordnung gelten lassen wird, einmal einen Brief an Karl Marx geschrieben hat, in welchem er erklärte, „der parlamentarische Terrorismus, die lokale Anarchie müssen uns erlegen, was uns in großen abseht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Haß, die Rachlust des Bauern gegen den Wachter, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Herrn“ ausbeuten.“ Hätte damals schon ein Anarchistengesetz bestanden, wie die „Nat.-Ztg.“ es im Auge hat, so würde der heutige preussische Finanzminister ihm unrettbar verfallen sein. Er hätte als Verächter sein Leben auf der unbedohnten Insel abschließen müssen. Das Beispiel wird vielleicht der „Nat.-Ztg.“ zu Gemüthe führen, wozu man mit den von ihr geforderten Gesetzen würde. Selbstverständlich würden von dem kommen ab, wo ein solches Gesetz erlassen wird, Niemand mehr sich zum Anarchismus bekennen. Aber wäre damit die Bewegung auch tot? Sie würde sich in das tiefste Dunkel verschieben, aber von dort aus, angefeuert von Verbitterung und Rachlust, welche ein solches Gesetz in weite Kreise tragen würde, nur um so vernichtendere Schläge gegen die menschliche Gesellschaft führen. Der Wunsch, daß die Polizei heute die Anhänger des Anarchismus kennt, erleichtert ihr die Aufgabe, sie zu überwachen und dadurch ihren Plänen entgegenzuwirken. Und darin beruht schließlich noch immer der wirksamste Schutz gegen den Anarchismus.

## Vom chinesisch-japanischen Kriegsausbruch.

Der Krieg zwischen Japan und China fängt bereits an zu verjähren. Die Mittheilung des „Standard“, daß Rußland Truppen nach Korea schickte und auch in der forenatischen Frage ein Spezialabkommen mit Frankreich getroffen habe, ist, wie offiziös aus Petersburg gemeldet wird, unrichtig. Die russische Regierung fährt nur fort, im Verein mit den anderen europäischen Mächten für baldige Wiederherstellung des Friedens zu wirken. Als Beweis dafür, daß man in Rußland keine Berührung der forenatischen Frage erwartet, wird der Umstand angeführt, daß der Director des asiatischen Departements, Graf Sapuzki, dieser Tage einen mehrtägigen Urlaub antritt. Nach Meldungen aus Hakodate in Japan ist der französische Panzer „Bayard“ nach Wladivostok abgegangen. Nach einer Shanghaier Drahtmeldung der „Times“ fanden bei Pingrang kleinere Geschechte zwischen Japanern und Chinesen statt. Ein großes Treffen wird demnächst dort erwartet. Der aus Victoria (Britisch Columbia) am 17. August eingetroffene Postdampfer „Empress of Japan“ überbringt aus jülicherde Meldungen über die ersten kriegerischen Operationen in Korea. Die Japaner kaperten ein chinesisches Waisboot; darauf

wurde das chinesische Kriegsschiff „Tsi-Yuen“ beschossen, wobei 16 Mann getödtet wurden, während das chinesische Schiff „Shen-Yuen“ einen japanischen Kreuzer erster Klasse, dessen Name nicht angegeben ist, in den Grund bohrte. — Nach Meldungen aus Yokosama nimmt die kriegerische Stimmung in Japan zu. Die Befehlshaberreformarmee erlebte ein Manöver, in dem sie erklärt, die japanische Armee müsse in China einfallen und den Frieden unter den Wällen von Peking stiften. In den feindlichen Heeren in Korea sollen Krankheiten herrschen. In China erwacht der Fremdenhaß wieder, die chinesischen Wachen im Arsenal von Wei-Hai-Wei feuerten auf die wegen des Kriegsabbruchs entlassenen ausländischen Arsenalbeamten, größtentheils Engländer und Schotten, als dieselben das Arsenal verließen. Es wurde indeß Niemand getroffen. — Die japanische Regierung hat die Häfen von Nagasaki, Tokio und Yokosama gesperrt und mit unterseeischen Minen geschützt. In Folge einer englischen vom Staatssecretär der Auswärtigen Angelegenheiten Lord Kimberley am 9. August erlassenen Verordnung wurde in Newcastle ein angeblich für China bestimmter, in Gewick gebauter Torpedo-Kreuzer beschlagnahmt.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Für die Aufrichterhaltung des Prager Ausnahmestandes soll sich dem Benehmen der „Frankf. Ztg.“ nach der österreichische Ministerath am Sonnabend entschieden haben. — Ein Congress der polnischen Handelsgewerbetreibenden ist am Sonntag in Lemberg eröffnet worden. Auch aus Posen und Westpreußen waren Mitglieder erschienen. Zu Präsidenten wurden der Reichstagsabgeordnete Kubicki-Posen und Große-Kraton gewählt.

**Rußland.** Der russische Minister des Aeußeren, v. Giers, wird in diesem Jahre nicht in das Ausland; seine Gesundheit ist im allgemeinen befriedigend, wenn auch schwach. Besonders das Gehen fällt dem Minister schwer. — Die Ermordung eines russischen hohen Militärs wird aus Petersburg gemeldet. Contreadmiral Raswozow ist von einem Unterbeamten Peninsin, der aus dem Dienst entlassen worden war, ermordet worden. Das Verbrechen soll nicht auf politische Motive zurückzuführen sein.

**Frankreich.** Das Befinden des französischen Ministerpräsidenten Dupuy wird andauernd besser. Dupuy wird gegen Ende dieser Woche von Berner-Les-Bains wieder abziehen. — Zum Mitglied des obersten französischen Kriegsrathes ist als Nachfolger des in den Ruhestand verlegten Generals Davout der General de Negrier, Commandeur des 7. Armeecorps, ernannt worden.

**Italien.** Die Abhaltung eines Sozialisten-Congresses in Mantua, der am letzten Sonntag stattfinden sollte, ist durch Dekret des Präsidenten verboten worden. — Der Paps empfangt am Sonntag anlässlich des Festtages des heiligen Joachim 16 Kardinal- und mehrere Bischöfe und Prälaten. Der Paps unterzieht sich längere Zeit mit verschiedenen Persönlichkeiten und sprach u. a. von der günstigen Aufnahme der letzten Encyklika im Orient, von der Congregation der providencia fide, von der Reform des kirchlichen Gesanges und der Reform des Predigerwesens. Hinsichtlich des letzteren Gegenstandes ließ der Paps ein besonderes Document verfertigen.

**Bulgarien.** Die Wahlen der bulgarischen Departementsräthe sollen nach einer offiziellen Meldung „ohne Zwischenfall“ stattgefunden haben. Gleich dahinter heißt es allerdings, daß es in Silistria und Trn zu Ruhestörungen gekommen sei. Natürlich fielen die Wahlen regierungsfremdlich aus.

**Marokko.** Die Nachrichten aus Melilla

Wissenschaft.

Die Sitzung ist ein hoher Punkt an der Höhe der Familienangelegenheiten. Die deutsche Verfassung ist seit dem 1. April 1894 in Kraft getreten. Die Verfassung ist ein hoher Punkt an der Höhe der Familienangelegenheiten. Die deutsche Verfassung ist seit dem 1. April 1894 in Kraft getreten.

St.

Die Sitzung ist ein hoher Punkt an der Höhe der Familienangelegenheiten. Die deutsche Verfassung ist seit dem 1. April 1894 in Kraft getreten.

lauten widersprechend. Von Seiten der Rabynen wird behauptet, daß unter den dortigen Stämmen große Erregung herrsche. Der Commissar des Sultans, Muley-Kraaf, versichert dagegen, er bürge für die Ordnung und die Respektierung des spanischen Gebiets. Die Spanier treffen Vorsichtsmaßregeln.

**Serbien.** Die Kabinetskrisis wird offiziös immer wieder abgelehnt. Am Sonnabend meldete eine offiziöse Wolffsche Depesche aus Belgrad, daß die Nachricht von der Demission des gesamten Kabinetts unbegründet wäre. Auch die Gerüchte von einer durch den Rücktritt zweier Minister hervorgegangenen partiellen Ministerkrisis werden „von kompetenter Seite“ für vollkommen unbegründet erklärt. Was man von derartigen officiösen Dementis zu halten hat, sollte nachgerade zur Genüge bekannt sein. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Belgrad meldet, steht es entgegen den officiösen Ablehnungen fest, daß das gesamte Kabinet am Freitag demissionierte. Der Demission liegen hauptsächlich persönliche Motive zu Grunde; einerseits die Abneigung des Grafen Milan gegen das Regime Nikolajewitsch, andererseits die Unmöglichkeit für letzteren, mit seinen liberalen Mitglidern fortzuarbeiten. Die Krone hat bis zur Stunde über die Annahme der Demission noch keinen Entschluß gefaßt; es verlaute, der frühere Regent Belimarkowitsch, oder der Präsident des Staatsrathes Nicolo Christitsch würden die neue Regierung bilden. König Alexander soll indeß entschlossen sein, Nikolajewitsch trotz der gegen denselben sich geltend machenden starken Einflüsse mit der Neubildung zu betrauen, und hat eingewilligt, daß für die ausstehenden drei Minister gemäßigste, jedenfalls der Progressivpartei angehörende Elemente eintreten. — Finanzminister Petrowitsch ist aus Nißch in Belgrad eingetroffen, um mit dem Führer der Progressivisten, Stojan Nowakowitsch, dem Bürgermeister von Belgrad, Milan Bogitschewitsch, sowie mit dem General Franzalawitsch wegen event. Eintritts derselben in die Regierung Vorverhandlungen zu pflegen.

**Brasilien.** Bei den Wirren in Braikien, die noch immer, namentlich in der unruhigen Provinz Rio Grande do Sul fortdauern, haben besonders die dort ansässigen Deutschen schwer zu leiden. Ein Beispiel davon giebt nach der „Köln. Ztg.“ die schöne, blühende und wohlhabende deutsche Colonie Teutonia, die ungefähr 2500 Bewohner umfaßt. Eines Tages brachen Regierungstruppen herein und zwangen die Leute, mitzugehen. Als nun diese Truppe sich in landesüblicher Weise zurückzog, kam die andere Partei und nahm Rache dafür, daß die unglücklichen Teutonen, wenn auch wider Willen, gegen sie gekämpft hatten. Nun werden sie gezwungen, mit diesen zu gehen, und dieses Spiel wiederholte sich so lange, bis Teutonia verarmt und zu Grunde gerichtet war. — Der brasilianische Finanzminister ist zurückgetreten. Nafimento hat interimistisch das Finanzportefeuille übernommen.

**Kongopostaat.** Zu einem ersten Conflict ist es zwischen den Behörden des Kongopostaaes und portugiesischen Eingeborenen gekommen, weil die letzteren durch Zwangsmaßregeln zum Militärdienst herangezogen werden sollten. Die Eingeborenen griffen den Posten in Loba an, tödteten 2 Soldaten und nahmen 3 gefangen.

**China.** Angesichts des Auflegens der neuen chinesischen Anleihe in Deutschland verdient eine Schilderung besondere Aufmerksamkeit, die ein guter Kenner der chinesischen Verhältnisse, A. H. Erner, im Jahre 1887 von den Einnahmequellen und dem Credit Chinas gegeben hat. Die „Köln. Ztg.“ theilt daraus Folgendes mit: Zunächst kommt die Grundsteuer in Betracht. Sie bringt in Folge der Verarmung großer Landbestände nur verhältnismäßig geringe Erträge, gegen 100 Millionen Mark, ein. Die Kreissteuern werden von 4 Provinzen in natura, von 4 andern in Silber gezahlt und betragen ungefähr 14 Mill. Mark. Das Salzmonopol soll gegen 48 Mill. abwerfen, verschiedene Lizenzen und Registrirgebühren kaum mehr als 10 Millionen. Die Zölle auf die in chinesischen Händen ruhenden Einnahmen und Ausfuhrgegenstände und den Opium-Zwischenhandel bringen 30 Millionen. Ein innerer Durchgangszoll, der Lekt, hat einen Ertrag von 55 Millionen. Am wichtigsten sind die von einer europäischen Verwaltung erhobenen Steuern auf den fremden Handel, die 70 Millionen Mark bringen. Im Ganzen bezieht Herr Erner die Einkünfte, die an die Reichsregierung in Peking gelangen, auf 327 Millionen Mark. Das Land bringt thätiglich viel höhere Beträge auf, aber die Mandarinen, durch deren Hand die Gelder gehen, erheben stets höhere Summen, als ihnen von Peking aufgetragen ist. So wird nach einer amtlichen Mitteilung der thätigliche Ertrag des Salzmonopols auf 100 Millionen Mark berechnet, während die Regierung, wie erwähnt, nur gegen

48 Millionen erhält. Ähnlich steht es um die Kreissteuern. Im Ganzen hat China jetzt in Europa 80 Millionen Mark, davon 5 in Deutschland und den Rest in England, an Anleihen aufgenommen, deren Verzinsung durch die Verpfändung der Seßhufe verbürgt ist. Herr Erner hebt besonders hervor, daß jede Anleihe nur dann gefaßt ist, wenn diese Gewähr geboten wird. Andere Einnahmequellen können die nötige Bürgschaft nicht geben.

## Deutschland.

Berlin, 21. August. Der Kaiser empfing am Sonntag im Neuen Palais den neu ernannten sibirischen außerordentlichen Gesandten Milan Bogitschewitsch in Audienz und nahm dessen Beglaubigungsschreiben entgegen. Später wurde der sibirische Gesandte auch von der Kaiserin empfangen. Am Montag hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Civilkabinetts und nahm sodann die Marinevorträge entgegen. Am Donnerstag ward der Kaiser über die 5. Division, welche am Montag in Berlin eingerückt ist, eine Parade abhalten.

(Die Audienz des Grafen Caprivi beim Kaiser) am letzten Sonnabend galt nicht nur der Erledigung laufender Angelegenheiten gewöhnlichen Schlags, sondern hatte auch Gegenstände bedeutenderer Art zur Ursache, und zwar sowohl innerdeutsche resp. preussische, wie internationale. Zum ersten Mal, seitdem Graf Caprivi Reichskanzler ist, findet zwischen zwei Mächten, mit denen wir stets die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten haben, ein Krieg statt, dessen Ursachen ausgesprochener Maßen Bestrittener sind, die auch europäische Staaten interessieren. Obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß ein directes Zutreffen für den Dreißbund nicht vorliegt, der sich strikte Neutralität aufstellt, so können dennoch Complicationen eintreten, welche ein gewisses Herausreten aus der Reserve zur Bedingung machen würden. Die große Gegnerschaft der Interessen zwischen Rußland und England in der Korea-Frage bringt speziell für die deutsche Politik überaus bedeutsame Fragen mit sich und es wird großer staatsmännlicher Weisheit bedürfen, um dem Erfordernis nach Wahrung unseres Prestiges und dem Bestreben, mit den genannten Mächten, zu denen sich auf Seite Rußlands noch Frankreich gesellt, in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, zu genügen. Zwischen den verbundenen Mächten findet dierüber ein lebhafter Gedankenaustausch statt und die eventuell daraus resultirenden Directiven werden Gegenstand der Vereinbarung zwischen den allirten Mächten sein.

(Die große Flottenchau) vor dem Kaiser findet nach der „Magdeb. Ztg.“ am 13. September statt.

(In der Sitzung der Cholera-Commission) wurde am Montag über die Lage Bericht erstattet. Als am Meissen in Mitleidenschaft gezogen wird Ostpreußen angeführt, doch sei eine besondere Gefahr nicht vorhanden. Die von der Commission in ihrer Sitzung am 1. August beschlossenen Maßnahmen wurden gutgeheißen. Der Sitzung wohnten Prof. Dr. Koch und der Oberpräsident von Ostpreußen bei.

(Ueber das neue Reichstagsgebäude) wird dem „Reichsboden“ von sachverständiger Seite mitgeteilt: es werde ganz unmöglich sein, das Gebäude schon im October oder November dem öffentlichen Gebrauche zu übergeben. Die Malereien z. B. seien eist in der Bibliothek und dem Speisesaal fertig gestellt, sonst aber noch soweit zurück, daß man wird zufrieden sein müssen, wenn das Gebäude im kommenden Sommer in allen seinen Theilen gebraucht werden kann.

(Einen Maßstab für die Werthschätzung der Volksschule) giebt das Verzeichniß der im Jahre 1893 dem Reicht des Cultusministeriums zugefallenen Schenkungen und Zuwendungen. Dieselben betragen zusammen 6 Millionen, wovon an evangelische Kirchen- und Pfarrgemeinden, Anstalten, Stiftungen, Gesellschaften und Vereine 2349 618 Mk., an katholische kirchliche Anstalten, Stiftungen u. s. w. 1 851 189 Mk., an Bischöfer und die zu ihnen gehörenden Institute 99 400 Mk., an höhere Lehranstalten und die mit ihnen verbundenen Stiftungen u. s. w. 221 229 Mk., an Tausstimmern und Blindenanstalten 228 150 Mk., an Waisenhäuser und andere Wohlthätigkeitsanstalten 410 900 Mk., an Kunst- und wissenschaftliche Institute 129 828 Mk., an Theatranstalten 57 600 Mk., an Volksschulgemeinden, Elementarschulen bzw. die in letzteren gleichstehenden Institute aber nur 17 704 Mark entfallen.

(Der Entwurf eines neuen Programms der freisinnigen Volkspartei) ist am Montag veröffentlicht worden. Die in sechs Artikeln zusammengefaßten Forderungen für freiheitliche Aus-

bildung des Gemeinwesens, Förderung der Volksbildung und der Wohlfahrt der Familie, Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesamtheit und der Einzelnen, Verteilung der öffentlichen Lasten und endlich Unterstützung der internationalen Friedensbestrebungen zeigen wieder, daß die Anschauungen und Ziele der Liberalen aller Parteistimmungen die gleichen sind. Wir haben bei einer allerdings etwas eiligen Prüfung keine Forderungen entbedt, die nicht jeder wirklich liberale Mann unterzeichnen könnte. Dem Verlangen des linken Flügels der Volkspartei nach einem stärkeren Einschreiten in die Bahn des Staatssozialismus wird der Entwurf nicht gerecht. In dem Entwurfe heißt es: „Staatsliche Eingriffe in das wirtschaftliche Leben mit ihren unvermeidlichen Nachtheilen dürfen immer nur da erfolgen, wo es das allgemeine Wohl erfordert und die Abhilfe auf anderem Wege nicht erreichbar ist.“ Hier wird die Kritik innerhalb der Partei voraussichtlich am schärfsten einlegen. Inwiefern nimmt die „Volkspartei“, welche jene Wünsche mit besonderer Lebhaftigkeit vertreten hat, vorläufig mit Befriedigung davon Akt, daß hier wenigstens ein „theoretischer Bruch mit dem starren Manchestertum“ vollzogen werde.

(Vertagungen von Versammlungen.) Nach dem preussischen Vereinsgesetz gilt eine Versammlung nicht mehr als vorchriftsmäßig angezettelt, wenn sie „die länger als eine Stunde ausgesetzten Verhandlungen wieder aufnimmt“. In Dortmund und hatte sich eine sozialdemokratische öffentliche Versammlung zweimal vertagt und zwar jedes Mal für die Dauer von 59 Minuten. Nach der zweiten Pause, die nur 43 Minuten dauerte, war sie wieder eröffnet worden. Die Polizei aber löste unter Verweisung auf das Vereinsgesetz die Versammlung auf, weil die Gesamtdauer der Pausen während der Versammlung eine Stunde nicht überschreiten dürfe. Diese Auslegung des Vereinsgesetzes seitens der Dortmund-Polizei halten wir für willkürlich und durch den Wortlaut des Vereinsgesetzes nicht gerechtfertigt.

(Die „Nordd. Allg. Ztg.“) veröffentlicht an leitender Stelle eine Zuschrift, in welcher dargelegt wird, daß das Versammlungs- und das Wahlrecht die Sozialdemokratie groß gemacht habe und die Forderung erhoben wird, alle Wahlberechtigten von Versammlungen auszuschließen und nur „wirtschaftlich Selbstständigen“, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben, das Wahlrecht zu verleihe. Durch „Ausschluß bisheriger Wähler in nicht ganz geringem Umfange“ soll das „Wahlrechtsbewußtsein gereinigt“ werden. In einem zu der Regierung in nahen Beziehungen stehenden Blatte erscheint uns ein solches Mittel an der bestehenden Verfassung wenig angebracht.

(Zur Erleichterung der Quartiersträger) sind für die Manöver seitens des gegenwärtigen Kriegsministers eine Reihe von Anordnungen getroffen worden, welche in der „Schles. Ztg.“ zusammengestellt werden. Das Regiments- und Brigadepersonal soll, so weit angängig, auf die neuerdings für die meisten Armeekorps beschafften großen Truppenübungsplätze verlegt werden. Dort werden die Truppen in Baracken- und Zeltdörfern untergebracht. Da diese Periode der Übungen vierzehn Tage (einschließlich der Ruhetage) umfaßt, so ist dies eine ganz wesentliche Erleichterung für die Provinz. Das Armeekorps wird etwa zwei Trierer- und eine Kavalleriebrigade, also die Hälfte seiner Truppen, auf den Übungsplatz schicken können. Wenn darin fahrgangsmäßig abgewechselt wird, so kann keine sogenannte „Lokalität“ entstehen. Weiter hat das Ministerium bestimmt, daß während der eigentlichen Feldübungen die Zahl der Wirtswirte von  $\frac{3}{2}$ , wie die Felddienstordnung bisher vorgiebt, bis zu 6 erhöht werden darf. Dadurch werden die Übungen kriegsmäßiger, die Driltschichten der Manöver gegenüber aber werden gegenüber den bisherigen Leistungen erheblich entlastet. Den Truppen wird zwar diese Vermeerung des Lagers „bei Mitter Grün“ nicht gerade Freude bereiten, aber es bleibt die Ausrüstung mit den trogbarsten kleinen Zelten zu berücksichtigen, die einen erheblichen Schutz gegen die Unbill der Witterung gewähren. Sodann hat der Erlass des Kriegsministers gearwärt vor dem Ansehen von mehreren Übungsperioden hintereinander in demselben Bezirk und unter Belegung derselben Driltschichten. Fernerhin will das Kriegsministerium verhältnismäßig die volle Vergütung von 80 Pf. für die Verpflegung für alle Tage der Einquartierung durchführen, also auch für die Einquartierung beim Regiments- und Brigade-Exercieren, für welche bisher nur die Garnisonverpflegung von etwa 50 oder 60 Pf. pro Kopf nebst der Brotportion gewährt wurde. Ferner soll möglichst versucht werden, den Vorpann bei den Manövern, also Wagen und Pferde, mittelweise von den Unternehmern für die Dauer des ganzen Manövers zu beschaffen.









# Merseburger Correspondent.

Ersteinst:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Telegraph Nr. 5.  
Telephonaufschlag Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:  
Unstreiftes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.  
1 Mark 20 Pfg. durch den Gerumträger.  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 164.

Mittwoch den 22. August.

1894.

Für den Monat September werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zu Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

## Der Anarchismus.

Die recht bedrohlich klingenden Mittheilungen über anarchische Funde in der Reichshauptstadt sind durch jede weitere Meldung etwas berichtigt und abgeschwächt worden. Allmählig hat sich das Gesamtbild ganz beträchtlich verändert und man erkennt, daß die Zeitungsreporter ihre Darstellung, welche Berlin am Vorabend anarchischer Gräueltaten stehend zeigte, vorwiegend aus vorzeitlichen Quellen, als aus ihrer beweglichen Phantasie geschöpft haben. Was wir heute über die Persönlichkeiten und die Vergangenheit Schauer's wissen, weist darauf hin, daß dieser gefährliche Mensch nicht ein finsterner Fanatiker von Schläge der Meinsdorf und Karachof, sondern vielmehr ein gemeiner Verbrecher ist, der sich darin gefällt, sein unantastbares Handwerk in das Mäntelchen anarchischer Prinzipien zu hüllen. Die „gelobten“ haben sich als alte Granatenfüße herausgestellt. Die Schauer sich nach eigener Behauptung während seiner Beschäftigung in der Spandauer Gewerkschaft angeknüpft hat, um sie zu „Clarensabschneiden“ umzuarbeiten; und die verdächtigen Säuren gehören aller Wahrscheinlichkeit nach zu seinen Schülern, vielleicht auch zu seinen Einbrecherwerkzeugen. Wie ein Berliner Blatt aus angeblich „vorzüglich informierter Quelle“ zu berichten weiß, war Schauer das Haupt einer anarchischen Gruppe von „Expropriatoren“, also von Verleuten, die durch Raub und Diebstahl die Ungleichheit in der Verteilung der irdischen Güter wieder auszugleichen suchten — Diebe und Einbrecher, die vermutlich auch zu jeder Gewaltthatigkeit geneigt sind, wofür ja auch die Vorgänge bei Schauer's Verhaftung zeugen, aber die ihre Haut nur zu Markte tragen, wenn dabei „etwas zu holen“ ist. Es war kein glücklicher Gedanke, wenn einige Blätter, die schon seit langer Zeit nach neuen Ausnahmefällen jammern, sofort die ersten aufgeschauten Nachrichten über die politischen Entdeckungen zu Gunsten der in Kreisen geplanten Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts zu verwerthen suchten. Anarchistische Attentate werden nicht in öffentlichen Versammlungen ausgeführt, sondern in heimlichen Konventikeln, die sich den Bestimmungen des Vereinsrechts entziehen. Wenn in Versammlungen zu Gewaltthaten aufgereizt wird, so fehlt es auch nach Lage der bestehenden Gesetzgebung der Polizei nicht an ausreichenden Mitteln, ein derartiges Treiben im Keime zu ersticken. Anarchistische Untthaten sind nichts anderes als gemeine Verbrechen wider das Leben und wider die öffentliche Ordnung, zu deren Bekämpfung wir strenge Gesetze besitzen. Ein Gesetz aber, durch welches Mord und Totschlag aus der Welt geschafft würde, giebt es nicht und eben so wenig wird es gelingen, ein Gesetz zu construiren, welches anarchische Attentate zu verhindern vermöchte. Es giebt allerdings Leute, die der Meinung sind, daß mit Gejagen Alles zu erreichen sei, wenn man nur entschieden wolle. So klagt die „Nationalztg.“ das wiederum über die unerhörte Erscheinung, daß „Anarchisten, welche noch nicht einer strafbaren Handlung überführt sind, aber notorisch, vielleicht sogar nach ihrem eigenen Eingeständnis zu der Selte gehören, so daß man sich von ihnen jederzeit verbrecherischer Handlungen oder der Förderung solcher versehen muß, unbelästigt in der bürgerlichen Gesellschaft herumgehen, auf deren Zerstörung sie

bedacht sind.“ Ein neues Uebel, meint das Blatt, erziehe neue Mittel, und kommt auf einen schon früher von ihm empfohlenen Vorschlag zurück. Alles, was Anarchist ist, auf eine unbewohnte Insel zu deportiren, von der aus flucht unmöglich oder doch höchstens von Einzelnen unter schwerer Gefahr zu versuchen wäre. Woran aber erkennt man den auf die Zerstörung der Gesellschaft bedachten Anarchisten? Auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche diese Frage bietet, hat die „Nordd. Allg. Zeitung“ vor einiger Zeit in ganz vortrefflicher Weise hingewiesen. Die „Nat.-Ztg.“ versichert sie würde „die strengsten Rechtsgarantien dafür fordern, daß als Anarchist nur behandelt wird, wer wirklich einer ist; aber wer es ist, der gehört nicht in die staatlich geordnete Gesellschaft, auch nicht wenn er nur Anarchist in der „Theorie“ wäre. Vielleicht erinnert die „Nat.-Ztg.“ sich, daß Herr Dr. Michel, den sie doch selber sicherlich als eine sehr starke Stütze der bestehenden Ordnung gelten lassen wird, einmal einen Brief an Karl Marx geschrieben hat, in welchem er erklärte, „der partikuläre Terrorismus, die lokale Anarchie müssen uns erschrecken, was uns in großen abseht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Haß, die Rachlust des Bauer gegen den Wachter, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Herrn“ ausbeuten.“ Hätte damals schon ein Anarchistengesetz bestanden, wie die „Nat.-Ztg.“ es im Auge hat, so würde der heutige preussische Finanzminister ihm unrettbar verfallen sein. Er hätte als Verbrecher sein Leben auf der unbewohnten Insel abschließen müssen. Das Beispiel wird vielleicht der „Nat.-Ztg.“ zu Gemüthe führen, wozu man mit dem von ihr geforderten Gesetze kommen würde. Selbstverständlich würde von dem Augenblick an, wo ein solches Gesetz erlassen wird, Niemand mehr sich zum Anarchismus bekennen. Aber wäre damit die Bewegung auch tot? Sie würde sich in das tiefste Dunkel verstecken, aber von dort aus, angefeuert von Verbittern und Nachruhm, welche ein solches Gesetz in weite Kreise tragen würde, nur um so ver-

wurde das chinesische Kriegeschiff „Tsi-Yuen“ beschossen, wobei 16 Mann getödtet wurden, während das chinesische Schiff „Shen-Yuen“ einen japanischen Kreuzer erster Klasse, dessen Name nicht angegeben ist, in den Grund bogte. — Nach Meldungen aus Yokohama nimmt die kriegerische Stimmung in Japan zu. Die Befassungsreformpartei erließ ein Manifest, in dem sie erklärt, die japanische Armee müsse in China einfallen und den Frieden unter den Wällen von Peking stiften. In den feindlichen Heeren in Korea sollen Krankheiten herrschen. In China erwacht der Fremdenhaß wieder, die chinesischen Wachen im Arsenal von Wei-Hai-Wei jetzeten auf die wegen des Kriegsabbruchs entlassenen ausländischen Arsenalbeamten, größtentheils Engländer und Schotten, als dieselben das Arsenal verließen. Es wurde indes Niemand getroffen. — Die japanische Regierung hat die Häfen von Nagasaki, Tokio und Yokohama gesperrt und mit unterseeischen Minen geschützt.

In Folge einer englischen vom Staatssecretär der Auswärtigen Angelegenheiten Lord Kimberley am 9. August erlassenen Verordnung wurde in Newcastle ein angeblich für China bestimmter, in Grewick gebauter Torpedo-Kreuzer beschlagnahmt.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Für die Aufrichterhaltung des Prager Ausnahmestandes soll sich dem Benehmen der „Frankf. Ztg.“ nach der österreichische Ministerath am Sonnabend entschieden haben. — Ein Congress der polnischen Handelsgewerbetreibenden ist am Sonntag in Lemberg eröffnet worden. Auch aus Polen und Westpreußen waren Mitglieder erschienen. Zu Präsidenten wurden der Reichstagsabgeordnete Kubicki-Posen und Grobe-Kraton gewählt.

**Rußland.** Der russische Minister des Aeußeren, v. Giers, reist in diesem Jahre nicht in das Ausland; seine Gesundheit ist im allgemeinen befriedigend, wennalich schwach. Besonders das Gehen fällt dem Minister schwer. — Die Ermordung eines russischen hohen Militärs wird aus Petersburg gemeldet. Contreadmiral Raswozow ist von einem Unterbeamten Peninsin, der aus dem Dienst entlassen worden war, ermordet worden. Das Verbrechen soll nicht auf politische Motive zurückzuführen sein.

**Frankreich.** Das Befinden des französischen Ministerpräsidenten Dupuy wird anabund besser. Dupuy wird gegen Ende dieser Woche von Berner-Les-Bains wieder abziehen. — Zum Mitglied des obersten französischen Kriegsrathes ist als Nachfolger des in den Ruhestand verletzten Generals Davout der General de Negrier, Commandeur des 7. Armeecorps, ernannt worden.

**Italien.** Die Abhaltung eines Sozialisten-Congresses in Mantua, der am letzten Sonntag stattfinden sollte, ist durch Dekret des Präsidenten verboten worden. — Der Papsi empfang am Sonntag anlässlich des Festtages des heiligen Joachim 18 Kardinalen und mehrere Bischöfe und Prälaten. Der Papsi unerschelt sich längere Zeit mit verschiedenen Persönlichkeiten und sprach a. von der günstigen Aufnahme der letzten Concilia im Orient, von der Congregation de propaganda fide, von der Reform des kirchlichen Gesetzes und der Reform des Predigerwesens. Hinsichtlich des letzteren Gegenstandes ließ der Papsi ein besonderes Document vertheilen.

**Bulgarien.** Die Wahlen der bulgarischen Departementsräthe sollen nach einer offiziellen Meldung „ohne Zwischenfall“ stattgefunden haben. Gleich dahinter heißt es allerdings, daß es in Silistria und Trn zu Unruhestörungen gekommen sei. Natürlich fielen die Wahlen regierungsfremdlich aus.

**Marokko.** Die Nachrichten aus Melilla



Die japaner kaperten ein chinesisches Waisboot; darauf

Wissenschaft.  
Bürgung ist ein hoher  
bit an der Höhe hat  
te Familienmitglieder  
autische Vererbung  
40 bis 50) bringt  
amerikas, das seine  
und überall Inter  
Samstag zu Samstag  
Walt. Der eigentliche  
den Artikel erläutern  
die Vertheil. Der  
apokal, „Ein Mann  
von Helmholtz Wille  
von Helmholtz von Dr.  
streifenförmigen Obertheil  
erzählteren Mannes  
von August Mannes  
hochförmig, sowie nicht  
die Vertheil. von der  
Wirkung bildet wider  
Wald's Gedächtnis  
für eine seltene Be

